Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegen. Die achtgespaltene Kleinzeile kostet je mm 10 Groschen, auswärtige Anzeigen je mm 12 Gr. Reklame mm 40 Groschen. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2

Fernsprecher Nr. 501 — Fernsprecher Nr. 501

Nr. 190 — **Mittwoch, den 7. Dezember 1927** — **45. Jahrgang**

Deutsche Neutralität im Wilna-Streit

Dr. Stresemann bei Zaleski — Besprechungen über die polnisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen — In Erwartung Pilsudskis in Genf

Genf. Von polnischer gut informierter Seite wird heute abend mitgeteilt, daß die polnische Regierung den in der letzten Zeit aufgetauchten Einigungsvorschlag zur Beilegung des polnisch-litauischen Konfliktes nicht ablehnend gegenüberstehe. Bekanntlich sieht der in den letzten Tagen viel erörterte Einigungsvorschlag eine Erklärung des litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras vor, nach der der Kriegszustand zwischen Polen und Litauen aufgehoben und die normalen Beziehungen zwischen den beiden Staaten wieder hergestellt werden sollen. Gegenwärtig finden eingehende Verhandlungen mit der polnischen Delegation statt.

Im Laufe des Nachmittags suchte Dr. Stresemann den polnischen Außenminister Zaleski im Hotel „Bergues" auf. Die Unterredung dauert zur Stunde noch an.

Genf. Die polnische Delegation veröffentlicht folgendes Kommuniquee über die Unterredung zwischen Dr. Stresemann und dem polnischen Außenminister Zaleski:

„Im Verlauf dieser längeren Unterredung hatten die beiden Außenminister Deutschlands und Polens Gelegenheit, über die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, die einen günstigen Verlauf nehmen, zu sprechen. Ferner haben sie sich über alle politischen Fragen unterhalten, die auf der Tagesordnung der gegenwärtigen Tagung des Völkerbundsrates stehen. Hierbei wurde festgestellt, daß zwischen ihnen keinerlei prinzipielle Meinungsverschiedenheiten bestehen und besonders nicht über die Notwendigkeit der Herbeiführung einer Einigung zwischen allen Beteiligten für die Aufrechterhaltung der normalen friedlichen Beziehungen im Osten Europas.

Staatserhaltende Minderheitenpolitik

Burgenland—Rothermere—Karpathorußland.

Eines der lehrreichsten bisherigen Ergebnisse der Aktion Rothermeres zur Berichtigung ungarischer Grenzen auf Kosten der Kleinen Entente ist die Forderung nach einer „staatserhaltenden Minderheitenpolitik" in gerade denjenigen Kreisen der Kleinen Entente geworden, die sich seit Kriegsende in der chauvinistischen Politik nicht genug tun konnten. Deutlich wird diese Forderung zwar noch nicht ausgesprochen, aber sie liegt einer bis dahin unbekannten Art des politischen Konkurrenzkampfes zugrunde, des Kampfes um die Geltendmachung der Vorzüge der eigenen Minderheitenpolitik gegenüber den Schattenseiten der Minderheitenpolitik des anderen. Ein ergötzliches Bild hierbei bietet eine seit Wochen andauernde tschechoslowakisch-ungarische Auseinandersetzung über die Behandlung der Ungarn in der Tschechoslowakei und von Tschechen und Slowaken in Ungarn. Beide Seiten stellen ihre Minderheitenpolitik als die bessere dar, und wenn eine günstigere Gestaltung des Minderheitenschicksals selbst hierdurch auch noch nicht hervorgerufen worden ist, so weckt dieser Konkurrenzkampf um die beste Minderheitenpolitik doch die Vorstellung von einem Wettkampf, der zum Schluß nur den Minderheiten selbst zugute kommen muß. wollen die eine „staatserhaltende Minderheitenpolitik" erkennenden und betreibenden Staaten vor — dem Krieg bewahrt werden.

Insofern hat also die Aktion Rothermeres doch schon ein für die Staats- und Minderheitenpolitik wertvolles Ergebnis in die große Debatte geworfen, dessen Behandlung dadurch erleichtert wird, daß Rothermere selbst seine Aktion allmählich bis auf die Korrektur nur einiger ungarischer Grenzstriche reduziert hat. Und in Wirklichkeit wäre eine Durchführung seines anfänglichen Programms auch nicht ohne Krieg denkbar gewesen, der ja kaum in Rothermeres Absichten lag. Aber die Reduzierung seines Programms, daß trotz allem an der Notwendigkeit von Grenzrevisionen festhält, ist nicht ohne die Einwirkung des deutschen Elementes in Mitteleuropa eingetreten, eines Elementes, das für die Grenzrevision als solche im nationalen Interesse große Sympathien hegt. Das ist der Fall des Burgenlandes. Noch vor einigen Monaten schien es, als ob das durch den Friedensvertrag von St. Germain an Oesterreich angeschlossene westungarische Gebiet, das Burgenland, ein dauernder Zankapfel zwischen den beiden Nachbarstaaten bleiben sollte. Nun aber hat vor einigen Tagen Bundeskanzler Seipel im österreichischen Finanzausschuß mitgeteilt, daß die ungarische Regierung die Frage der Grenzen zwischen Ungarn und Oesterreich als definitiv bereinigt ansicht, so daß, wenn von der Integrität Ungarns die Rede ist, an das Burgenland nicht gedacht zu werden braucht. Das ist umsomehr bedeutungsvoller, als noch im Oktober sowohl die ungarische Presse als auch hervorragende ungarische Politiker wegen des Burgenlandes wesentlich andere Auffassungen geäußert haben, wobei es an Drohungen gegen Oesterreich nicht gefehlt hat. Es bleibt danach nunmehr noch zu hoffen übrig, daß nach der offiziellen Erklärung der ungarischen Regierung über das Burgenland nun aber auch die gesamte ungarische Oeffentlichkeit endgültig einmal die angeblich ungelöste Frage des Burgenlandes liquidiert, wenn sie nicht den Eindruck dauernder Zwiespältigkeit gegenüber dem deutschen Volk herausfordern will. Nicht ohne Grund hat der Stellvertreter des Landeshauptmanns im Burgenlanad öffentlich erklärt, daß die ungarische Außenpolitik angesichts von mancherlei Zwiespältigkeiten als zweigleisig betrachtet werden müsse.

Die Ausmerzung dieser Zwiespältigkeiten könnte Ungarn nur von allergrößtem Nutzen sein. Sie müßte von sehr weittragender moralischer Bedeutung auch für die Beziehungen zur Tschechoslowakei sein, würde diese doch eher zu der Erkenntnis kommen können, daß eine „staatserhaltende Minderheitenpolitik" in Karpathorußland wie überhaupt in der Tschechoslowakei dem Frieden und der Erhaltung des eigenen Staates mehr dienet, als die offenkundige Militarisierung Karpathorußlands, die die Tschechoslowakei zur Abwehr von Revisionsmöglichkeiten in neuerer Zeit praktiziert. Je zwiespältiger Ungarns eigene Minderheitenpolitik und seine Politik gegenüber Oesterreich ist, desto verständlicher wird die Sorge Prags um die strategische Sicherheit Karpathorußlands, für die im Jahre 1928 fast drei Viertel der Summen für den Bau von Straßen- und Eisenbahnen strategischen Charakters der gesamten Tschechoslowakei verwandt werden solle.

Dieser Abwehr der ungarischen Wünsche, sich karpathorussisches Gebiet einzuverleiben, steht aber in der Tschechoslowakei nicht die Erkenntnis dafür nach, daß das verlodderte und bettelarme Karpathorußland und die gesamte Slowakei einer besseren „staatserhaltenden Minderheitenpolitik" bedürfen. Schon die militärische Ueberlegenheit und die Entschlossenheit der Tschechoslowakei, den Staatsbesitz selbst durch militärische Aktionen zu schützen, läßt Ungarn für die Durchführung seiner Revisionswünsche nur wenig Aussichten übrig. Und daß diese geringen Aussichten sich noch in dem Maße vermindern müssen, in welchem Ungarn gegenüber Oesterreich zwiespaltig ist, würde Ungarns Aktionskraft zu spüren bekommen, auch wenn die Revision der Grenzen mit der Tschechoslowakei von einem internationalen Forum beschlossen werden sollte. „Staatserhaltende Minderheitenpolitik!" — jedoch nur im allgemeinen Friedensinteresse.

Ergebnislose Konferenz zwischen Chamberlain u. Litwinow

Genf. Ueber die Unterredung zwischen Chamberlain und Litwinow, die von 2½—3½ Uhr dauerte, wird von der englischen Delegation ein Kommunique veröffentlicht, daß, wie ausdrücklich hervorgehoben wird, auf Grund gegenseitiger Vereinbarungen festgesetzt worden ist und folgenden Wortlaut hat:

„Da Litwinow bei Sire Austen Chamberlain eine Unterredung erbeten hatte, fand Montag nachmittags im Hotel „Beaurivage" eine Zusammenkunft statt. Die Zusammenkunft gab Gelegenheit zu einem freimütigen Gedankenaustausch über die Beziehungen zwischen der Regierung der Union der Sowjetrepubliken und der britischen Regierung. Es war jedoch nicht möglich, in der Unterredung irgendeine Basis für eine Verständigung (agreement) zu finden."

•

Genf. Das Kommunique über die Unterredung zwischen Litwinow und Chamberlain hat allgemein großes Aufsehen erregt. Es wird vielfach dahin interpretiert, daß die englische Regierung vorläufig noch keine Aenderung in ihrer Haltung gegenüber der Moskauer Regierung für möglich ansieht.

Ueber den Inhalt der Unterredung werden von gut informierter Seite folgende Mitteilungen gemacht: Chamberlain soll in der Unterredung Litwinow den bekannten Standpunkt der englischen Regierung in großen Zügen dargelegt haben. Die englische Regierung sei nach wie vor bereit, in neue Verhandlungen mit der Moskauer Regierung einzutreten, jedoch müsse die englische Regierung als Grundvoraussetzung einer Neuregelung der Beziehungen die Forderung auf völlige Einstellung der kommunistischen Propaganda im gesamten Osten, insbesondere in China und Nordwestindien, stellen. Die englische Regierung habe eindeutige Beweise in der Hand, daß die propagandistische Tätigkeit der dritten Internationale in voller Uebereinstimmung mit der Moskauer Regierung erfolge.

Solange die kommunistische Propaganda nicht restlos eingestellt werde, sei mit einer Neuregelung der englisch-russischen Beziehungen nicht zu denken.

Baldwin über Rußlands Genfer Vorschläge

London. Ministerpräsident Baldwin teilte am Montag im Unterhaus mit, daß im Verlauf der Verhandlungen der Vorbereitenden Abrüstungskommission die Frage der Uebermittlung neuer Instruktionen an die britische Delegation nicht auftauchte. Die russischen Vorschläge schienen vor dem Komitee nicht als praktische und nützliche Förderung des Abrüstungsproblems angesehen worden zu sein. Aus diesem Grunde sehe er keinen Nutzen in einer Diskussion der Vorschläge im Unterhaus.

Ein polnisches Dementi

Berlin. Die Gerüchte über eine Drohung Polens, aus dem Völkerbund auszutreten, falls es im polnisch-litauischen Streitfall nicht volle Erfüllung seiner Wünsche erhalte, werden, wie die Abendblätter aus Genf berichten, von seiten der polnischen Delegation auf das bestimmteste dementiert.

Beamtenaustausch zwischen Berlin-Wien

Wien. Die großdeutschen Landesparteileitungen in Linz, Graz und Salzburg hielten Landesparteitage ab. In Linz kam Justizminister Dinghofer auch auf praktische Anschlußpolitik zu sprechen und kündigte an, daß man demnächst Gelegenheit haben werde, reichsdeutsche Beamte in österreichischen Aemtern zum Studium der Verwaltung begrüßen zu können, während andererseits österreichische Beamte in das Reich hinausgeschickt werden sollen, um die dortige Verwaltung kennen zu lernen. In den Entschließungen der Landesparteitage wurde die Schaffung einer nationalen Einheitsfront, die Beibehaltung der Heimwehren und die befriedigende Regelung der Beamtenbesoldungsfrage als notwendig bezeichnet.

Moskau mit Tschitscherins Maßnahmen einverstanden

Kowno. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das politische Büro einen Bericht Tschitscherins über den polnisch-litauischen Konflikt und die in Genf gemachten Abrüstungsvorschläge entgegengenommen und gebilligt. Es ermächtigte den Außenkommissar zur Durchführung der Verhandlungen mit England und sprach die Bereitwilligkeit zur Ratifizierung des Abkommens über die Nichtverwendung von Gas aus.

Vor neuen französisch-russischen Verhandlungen

Genf. Von der russischen Delegation wird heute Abend eine Erklärung über die Unterredung zwischen Briand und Litwinow verbreitet. Danach sei festgestellt worden, daß die Rakowski-Affäre von beiden Seiten als erledigt betrachtet werde. Die französisch-russischen Schuldenverhandlungen sollen wieder aufgenommen werden. Auch Verhandlungen über den Abschluß eines Nichtangriffsvertrages zwischen Frankreich und Rußland sollen aufgenommen werden. Inbezug auf den polnisch-litauischen Streitfall sei die einheitliche Auffassung festgestellt worden, möglichst bald zu einer Beendigung des Kriegszustandes zu gelangen.

Vor dem Rücktritt Macdonalds?

London. Wie der politische Korrespondent des „Star" berichtet, ist der Rücktritt Macdonalds als Führer der Arbeiterpartei in sehr naher Zukunft wahrscheinlich. Der Gesundheitszustand Macdonalds ist nach diesem Bericht derart, daß er den Anstrengungen seiner parlamentarischen Verpflichtungen nicht mehr gewachsen ist.

Präsident Calles in Lebensgefahr?

Neuyork. Wie aus Mexiko gemeldet wird, wurde Präsident Calles, als er einem Stierkampf zusah, von einem Stier angerannt. Der Präsident blieb aber unverletzt.

Das neue Direktoriat der Minderheiten-Abteilung des Völkerbundes

Genf. Die jetzt durch den Völkerbundsrat erfolgte Ernennung des bisherigen Direktors der Minderheitenabteilung im Völkerbundsrat, Colban, zum Leiter der Abrüstungsaktion wird allgemein lebhaft kommentiert. In der letzten Zeit hatten um diesen Posten innerhalb der maßgebenden Völkerbundskreise lebhafte Auseinandersetzungen stattgefunden, da dieser Posten von verschiedenen maßgebenden Kreisen in den europäischen Hauptstädten beansprucht worden war. Die Ernennung Colbans zum Leiter der Abrüstungssession kann im allgemeinen begrüßt werden, da Colban als eine zielbewußte und erfahrene Persönlichkeit gilt, von der allgemein eine aktive unabhängige Weiterführung der Abrüstungsarbeiten erwartet wird. Die Tätigkeit Colbans in der Minderheitensession hat allerdings gerade in maßgebenden Minderheitskreisen sehr verschiedenartige Beurteilung ausgelöst. Seine Haltung in den Minderheitsfragen war nicht immer einwandfrei und liefen im wesentlichen darauf hinaus, die Gegensätze zwischen den Mehrheiten und Minderheiten auszugleichen und eine allgemeine Anpassung der Minderheitspolitik an die Politik der betreffenden Regierungen herbeizuführen. Wenn auch anerkannt werden muß, daß Colban teilweise die Interessen der Minderheiten wahrgenommen hat, so hat er sich doch allzusehr an das berühmte Wort Mello Francos gehalten, daß sich die Minderheiten allmählich den Interessen der Mehrheiten angleichen müßten, ein Ausspruch, dessen Unrichtigkeit dank der verdienstvollen Intervention des Grafen Apponyi auch vom Chamberlain anerkannt wurde. Es ist zu hoffen, daß der Nachfolger Colbans zu einer anderen Behandlung des Minderheitenproblems im Rahmen der Völkerbundstätigkeit gelangt. Es ist dringend erforderlich, daß die seit Jahren völlig in den Hintergrund getretenen Minderheitenprobleme jetzt vom Völkerbund endlich die Behandlung erfahren, die diesen in der Nachkriegszeit so einschneidend gewordenen Fragen der europäischen Politik zukommen muß. Das Minderheitenproblem muß endlich vom Völkerbund in seiner wahren Bedeutung erkannt und die im Völkerbundspakt festgelegten Rechte der Minderheiten auf eigene nationale Existenz uneingeschränkte Anerkennung erfahren. Dringend ist zu wünschen, daß der Nachfolger Colbans aus den Kreisen einer streng neutralen Regierung gewählt wird, und daß die Wahl auf eine Persönlichkeit fällt, die eine aktive Interessenvertretung der Minderheitenrechte als unabweisliche Pflicht und Aufgabe betrachtet.

Die Ratstagung eröffnet

Genf. Der Völkerbundsrat trat Montag, vorm. um 11 Uhr, wie üblich, zu einer geheimen Sitzung zusammen, in der die Tagesordnung festgelegt wurde und eine Reihe administrativer und personeller Fragen des Sekretariats zur Erledigung gelangten. Auf der vom Sekretariat veröffentlichten Tagesordnung für die anschließende öffentliche Sitzung des Völkerbundsrates steht die russisch-armenische Flüchtlingsfürsorge, der Opiumhandel, der Bericht des Komitees für den Frauen- und Kinderhandel, der Bericht des Hygienekomitees, der Bericht der Konferenz über die Beseitigung der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen, der Bericht über die Kodifikation des internationalen Rechtes, ein Bericht über die zwischen dem Völkerbund und dem unter seinen Auspizien stehenden internationalen Instituten getroffenen Abmachungen und schließlich ein Bericht des Rechtskomitees über die beschleunigte Durchführung der Bestimmungen des Völkerbundspaktes.

Die memelländische Regierungserklärung

Memel. In der Montag nachmittag 16 Uhr eröffneten Sitzung des memelländischen Landtages stellte der neue Präsident des Memeldirektoriums, Kadginehn, dem Landtage das von ihm gebildete neue Direktorium vor. In der Regierungserklärung betonte der Präsident, daß das Direktorium fest auf dem Boden der Memelkonvention stehe und alle Kräfte zum Wohle des Gesamtstaates einsetzen wolle. Nur in der Zusammenarbeit mit dem memelländischen Landtag liege die Gewähr für das Wohl des Memellandes.

•

Memel. Der memelländische Landtag sprach dem neu gebildeten Direktorium gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten das Vertrauen aus. Die Großlitauer enthielten sich der Stimme.

Die Großmächte zum polnisch-litauischen Streit

Genf. Von maßgebender Seite erfahren wir, daß in den Verhandlungen des Montags zwischen den führenden Ratsmitgliedern eine Einigung über die Lösung des litauisch-polnischen Konfliktes in großen Linien erzielt worden ist. Jedoch steht noch die endgültige Stellungnahme der litauischen Regierung aus. Nach der Einigung soll zunächst im Völkerbundsrat in erster Lesung eine Erklärung seitens Litauens erfolgen, nach der der Kriegszustand zwischen Polen und Litauen als beendet angesehen wird. Hierauf sollen weitere direkte Verhandlungen zwischen Polen und Litauen eingeleitet werden, worauf dann in zweiter Lesung auf der Märztagung des Völkerbundsrates die Beziehungen zwischen Polen und Litauen endgültig festgesetzt werden. Dieser Regelung hat auch die sowjetrussische Delegation ihre Zustimmung erteilt. Von polnischer Seite wird gegenwärtig lediglich gefordert, daß die Regelung der Beziehungen zwischen Polen und Litauen in Etappen vorgenommen werde.

Wie weiter mitgeteilt wird, dürfte nunmehr feststehen, daß Marschall Pilsudski am Freitag in Genf eintreffen und die polnische Regierung im Völkerbundsrat vertreten wird. Somit werden die polnisch-litauischen Verhandlungen im Völkerbundsrat voraussichtlich erst Ende der Woche beginnen. Der litauische Ministerpräsident Woldemaras hat im Laufe des heutigen Abends längere Unterredungen mit Chamberlain, Briand und Litwinow, sowie bereits gemeldet, eine einstündige Unterredung mit Dr. Stresemann geführt. Man rechnet gegenwärtig vielfach damit, daß die gegenwärtige Tagung des Völkerbundsrates bereits am Sonnabend zu Ende gehen wird.

•

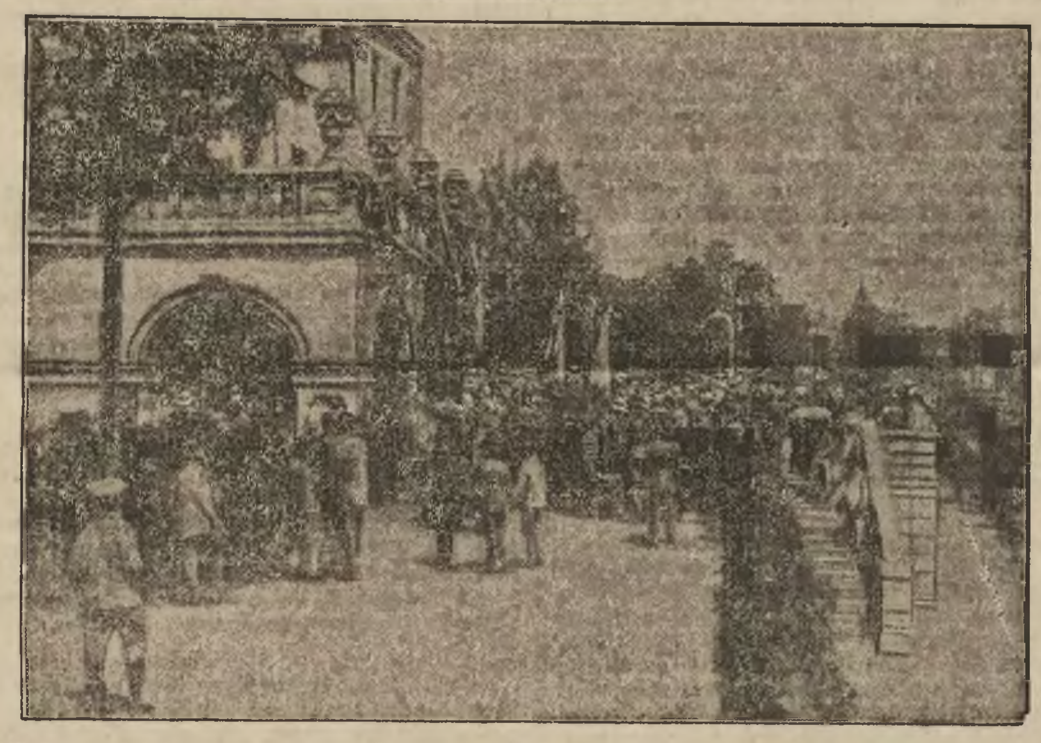
Genf. Die Verhandlungen zur Regelung des polnisch-litauischen Konfliktes sind von allen Seiten mit großem Nachdruck fortgesetzt worden. Ein abschließendes Ergebnis liegt noch nicht vor. Dr. Stresemann empfängt im Laufe des Montags zuerst den litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras und anschließend den polnischen Außenminister Zaleski. Woldemaras hatte eine längere Unterhaltung mit Briand. Es scheint, daß zwischen der englischen, französischen und deutschen Delegation in großen Zügen eine Einigung erzielt werden wird, nach der die litauische Regierung veranlaßt werden soll, eine Erklärung über die Beendigung des Kriegszustandes und die Wiederaufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Polen abzugeben. Mit dieser Regelung hat sich auch die sowjetrussische Delegation grundsätzlich einverstanden erklärt. Man nimmt jedoch an, daß eine derartige Erklärung der litauischen Regierung ausdrückliche Vorbehalte bezüglich Wilnas enthalten würde. Jedoch dauern die Verhandlungen über eine derartige Regelung noch an. Allgemein wird damit gerechnet, daß der polnisch-litauische Streitfall ebenso wie die beiden Danziger Fragen nicht vor Mittwoch zur Sprache gelangen werden, da man zuerst noch hinter den Kulissen weiter verhandeln will. Von polnischer Seite ist bisher nur darauf hingewiesen worden, daß die öffentliche Meinung Polens eine Neuaufrollung der Wilnafrage nicht dulden werde.

Polen würde sich in einem solchen Falle völlige Freiheit für seine Handlungen vorbehalten müssen.

Vom deutschen Standpunkt muß darauf hingewiesen werden, daß Deutschland eine friedliche Regelung des litauisch-polnischen Konfliktes begrüßen würde. In dieser Richtung dürften sich auch die Bestrebungen der deutschen Delegation bewegen. Von sowjetrussischer Seite ist bereits auf den litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras ein Druck ausgeübt worden, eine Erklärung über die Aufhebung des Kriegszustandes und die Wiederaufnahme normaler Beziehungen mit Polen abzugeben. Es ist noch nicht zu übersehen, wie sich die Verhandlungen weiter gestalten werden. Ob die angestrebten Lösungsversuche Erfolg haben werden, dürfte allerdings in der Hauptsache von der Haltung der polnischen Delegation abhängen.

Litauische Befürchtungen über die Rolle Pletschkaitis

Kowno. Die litauische Regierungspresse befürchtet, daß der Emigrantenführer Pletschkaitis sowie der Führer der christlichen Demokraten, Bisras, die soeben nach Genf abgereist sind, sich dort sehr zum Nachteile Litauens betätigen werden. Bisras, der einen Putsch gegen die Regierung inszeniert haben soll, steht unter dem Verdacht, wenigstens in den Wandelgängen des Völkerbundes gegen die litauische Delegation und Litauen intrigieren zu wollen.



Einweihung eines deutschen Krankenhauses in Porte Alegro

In Porte Alegro, der Hauptstadt des brasilianischen Staates Rio Grande de Sul in Südbrasilien, wurde ein deutsches Krankenhaus eingeweiht. Dieses Krankenhaus war ein dringendes Bedürfnis, da Brasilien bekanntlich über eine bedeutende deutsche Kolonie verfügt und in der Stadt Porte Alegro allein mehr als 3000 Deutsche wohnen.

Lebenswerte

Roman von Elsbeth Borchart

41. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Solche Gedanken wollte sie in einem Roman veranschaulichen, und sie arbeitete daran mit Feuereifer. Alle ihre selbstempfundene Wärme ließ sie hineinströmen, und wenn sie das Geschriebene nachher durchlas, wunderte sie sich über ihre starken Empfindungen. Ihre erste Novelle, die jetzt bereits gedruckt war, kam ihr dagegen armselig vor. Und doch war sie so stolz gewesen, als sie sie zum erstenmal gedruckt sah! Die Worte, die sie geschrieben hatte, muteten sie gedruckt fast fremd an; sie meinte sie gar nicht geschrieben zu haben, und erst allmählich fand sie sich wieder hinein. Da hatte sie die Exemplare verteilt: Wolf Reinhardt bekam das erste, das zweite die Freundin. Die anderen gingen in die Ferne an die Eltern nach Helgendorf, an Tante Liane und an Hans Werner nach Amerika.

Hans Werner hatte ihr darauf in einem acht Seiten langen Briefe geantwortet und seiner Freude über ihre Erfolge in herzlichen Worten Ausdruck verliehen. Zugleich hatte er ihr von den Fortschritten seiner Arbeit berichtet und davon gesprochen, wie wohl er sich in seiner neuen Tätigkeit und bei seinem Streben fühle. Hilde hatte ordentlich aufgeatmet. Die herben Enttäuschungen mußte er danach doch einigermaßen überwunden haben.

Auch von den Eltern kam ein Glückwunschschreiben. Merkwürdigerweise zeigte sich der Vater mit ihrem Hervortreten an die Oeffentlichkeit und mit ihrem erwählten Beruf einverstanden. Allerdings gehörte der Schriftstellerberuf mit zu den vornehmsten, den auch viele ihres Standes ausübten. Auch Tante Liane schrieb, mit großem Interesse hätten sie und ihre Tochter die Novelle gelesen, und nun bäten sie, Hilde möge sie doch in Berchtesgaden besuchen und sie später nach Italien begleiten. Sie wollen schon dafür sorgen, daß sie Zeit und Muße für ihre Arbeiten finden sollte. Ihre Tochter würde sich so sehr über ihre Gesellschaft freuen, und für Hilde wäre es doch auch von Nutzen, wenn sie etwas von der Welt kennen lernen würde!

Das letztere erkannte Hilde wohl an, und obgleich sie sich früher nichts sehnlicher gewünscht hatte, als einen solchen Flug in die Welt unternehmen zu dürfen, lehnte sie die liebenswürdige Einladung doch mit dem Begründen ab, daß sie zu tief in der Arbeit stecke, und daß sie die Eindrücke, die sie in Berlin empfange, zunächst dazu nötig habe.

Und ob die Sommersonne noch so hell und lockend schien, ob die Sehnsucht nach Helgendorf oder der Wunsch, der Tante Einladung zu folgen, sie auch oft überkam, sobald sie Wolf Reinhardt gegenübersaß, schwanden alle anderen Wünsche. Noch hatten die Universitätsferien nicht begonnen, und Reinhardts wollten diesen Sommer nicht verreisen. So blieb auch sie, glaubend, daß nur unter seinen Augen ihre Arbeit gedeihen konnte. Wie er mit ihr über sein Drama sprach, so legte sie ihm die Gedanken für ihr eigenes Schaffen dar und zeigte ihm auch den Entwurf zu ihrem neuen Roman. Er las und verharrte darauf eine Weile schweigsam und nachdenklich. Endlich sah er sie an. In seinen Augen blitzte es eigentümlich auf.

„Die Idee ist nicht so neu,“ sagte er ohne jegliche Einleitung. „Der alte Plato hat sie schon berühmt gemacht. Sie meinen nun, diese Form erhebe und beglücke den Menschen, stelle ihn auf eine Stufe, wo sich das Niedrige nicht heranwagen könne. Hm — Ich bin begierig, wie Sie das Problem lösen und das Ganze zu einem befriedigenden Schluß führen wollen.“

„Glauben Sie denn wirklich an eine solche Liebe zwischen Mann und Weib?“ hatte er noch hinzusetzen wollen, aber er schwieg. Es fiel ihm ein, was ihm alle die Wochen durch den Sinn gegangen war, und daß er ganz andere Empfindungen, Wünsche und Begehren gehegt hatte. Hatte sie vielleicht doch erkannt, wie es in ihm aussah, und wollte sie ihn durch ihre Worte in die Schranken zurückweisen? Das Blut schoß ihm jäh ins Gehirn, es hämmerte ihm in den Schläfen. Er empfand Scham und zugleich Ehrfurcht vor ihrer Reinheit und Größe. Die wilden Stimmen der Leidenschaft verstummten darunter. Sie hatte ihm in der Tat eine Schranke gezogen, und bot ihm hochherzig Ersatz! Mehr als Freundschaft, und doch nicht die Liebe, wie sie die Welt kennt. Würden sie beide in dieser Liebe den Frieden und das Glück finden?

Er suchte es sich einzureden, sich mit dem Gedanken abzufinden, daß diese Art und Form die ihrer allein würdige sei. Aber es gab Stunden, wo er sich gegen diese Schranke auflehnte, wo er sie überhaupt nicht mehr sah und darüber hinweg die abenteuerlichsten Pläne schmiedete.

Eines Tages, als sie ihm wieder gegenübersaß — seine Frau hatte sie beide, wie fast immer jetzt, allein gelassen — packte es ihn mit Leidenschaft. Es riß ihn mit fort, und was er in seinem Drama, in einer Szene, den Helden zur Heldin sprechen ließ, das sprach er gewissermaßen zu Hilde. Seine ganze Seele, sein heißes Begehren, seine Liebe legte er in seine Worte und seinen Blick.

Hilde erschrak, als er ihr diese Stelle seines Dramas so vorlas. Ein Schauer durchrieselte sie. Als er innehielt, schwand jedoch dieses seltsame Empfinden, sie fand sogleich eine Erklärung für sein Verhalten: Die Begeisterung hatte ihn mit fortgerissen, wie ein echter Dichter empfand er das Geschriebene im Augenblick des Vortrags als Wirklichkeit. Das war ganz natürlich.

„Die Szene wird packend werden!“ sagte sie darum.

Er sah sie fast entgeistert über diesen Einwurf an. Plötzlich stieß er ein kurzes, rauhes Lachen aus und warf sein Manuskript auf den Schreibtisch zurück.

„Sehr packend!“ bestätigte er hohnvoll. „Reden wir von etwas anderem — ich bin nicht mehr in der Stimmung.“

Sie zuckte zusammen, und eine tiefe Blässe überzog ihr Gesicht. Etwas Heißes und zugleich sie Beängstigendes, Verwirrendes drang zu ihrem Herzen und raubte ihr für Sekunden Atem und Sprache.

Er sah es, und das brachte ihn zur Besinnung. Ein heftiger Zorn gegen sich selbst packte ihn. Wie abbittend streckte er ihr die Hand hin:

„Verzeihen Sie mir.“

(Fortsetzung folgt.)

Laurahütte u. Umgebung

St. Nikolaus (6. Dezember). Der 6. Dezember ist der Nikolaustag, der Todestag des hl. Nikolaus, der im Anfang des 4. Jahrhunderts Bischof von Myra war. Der hl. Nikolaus wurde nach der Legende durch Kaiser Diokletian in den Kerker geworfen und erst durch den christlichen Kaiser Konstantin den Großen befreit. Auf dem Konzil zu Nizäa im Jahre 325 trat Nikolaus als Gegner der Arianer auf. Er hat die Kinder gern gehabt. Daher steht er in dem Rufe, an dem ihm geweihten Tage des Abends herumzugehen und den Kindern Geschenke zu bringen. Freilich ist er nur ein Freund der braven Kinder, den faulen und unartigen Kindern ist er ein ernster Mahner. Er kommt als Vorbote des Christkindes in die Kinderstuben und bringt etwas Weihnachtsfreude ins Haus. Diese Sitte des Beschenkens der Kinder am Nikolaustage ist uralt. Meist wird Nikolaus von seinem Knecht Ruprecht begleitet, der den Sack mit den üblichen Geschenken trägt. Allerdings trägt er auch eine Rute, mit der er die faulen und unartigen Kinder züchtigt.

=i= **Zustände bei der hiesigen Ortskrankenkasse.** Folgender Vorfall gibt uns Veranlassung, eigenartige Zustände auf der hiesigen Ortskrankenkasse zu beleuchten. Dort sitzt ein älterer Herr und ein Bürofräulein, die jeden Menschen, der ihre Bequemlichkeit zu stören versucht, in ordinärer Art zu behandeln versuchen. Unter den vielen anderen Fällen sei nur einer aus den letzten Tagen herausgegriffen. Ein Familienvater, ein gut zahlendes Mitglied hiesiger Ortskrankenkasse, hat ein an Unterleibsgrippe schwer erkranktes Kind zu Hause und auch er leidet an derselben Krankheit. Seine Zeit ist sehr knapp bemessen, schon aus den Umständen seiner Krankheit. Er eilt gegen 10½ Uhr früh auf die Ortskrankenkasse, trifft dort nur den alten Herrn und eine Gehilfin, nicht allzu stark beschäftigt, an. Er bringt sein Ansuchen um Ausstellung der Krankenscheine vor, das Mädchen, anscheinend mit den Gedanken abwesend, verlangt von ihm den alten Krankenkassenschein, der Mann schaut sie entsetzt an, denn er hat gar keinen Schein. Nach Aufklärung dieses Mißverständnisses verlangt das Mädchen dennoch die alten Krankenkassenscheine, und zwar nur, um die Person in den Büchern nicht suchen zu brauchen und die Nummer, unter der das Mitglied in den Büchern eingetragen ist, ohne die geringste Mühe sofort zur Stelle zu haben. Der alte Herr blättert in seinem Buche langsam weiter, und unbeachtet des Kranken ruft er jede 3 Sekunden das Fräulein, dieselbe steht immer neben ihm und die beiden führen dauernd anscheinend eine Dienstunterhaltung, die auf die im Buche eingesetzten Zahlen Bezug hat. Der Kranke steht immer noch allein da und wartet immer noch auf den Krankenschein. Als sein krankhafter Zustand ein längeres Warten unmöglich machte, bittet er nochmals um die gefl. Ausfertigung des Krankenscheines, worauf er nunmehr von dieser sehr vornehmen Dame im Büro auf die ordinärste Art angeschrien wird und ganz frech zurechtgewiesen, er hätte gefl. zu warten, und zwar solange, bis sie ihm einen Zettel ausstellt. Der Kranke konnte sich nicht weiter helfen und in seiner Not flüchtete er zu dem in der Nähe befindlichen Arzt Herrn Dr. Herrmann, der ihm dann sofort die nötige Hilfe angedeihen ließ. Als sich der Kranke dem Arzte gegenüber über dieses unwürdige Benehmen des Personals der Ortskrankenkasse beschwerte, sagte Herr Dr. Herrmann, daß alle seine Patienten darüber klagen. Auch ein hiesiger höherer wie maßgebender Beamter bestätigte dieses verwerfliche Gebahren dieser Angestellten. Hoffentlich wird die Kattowitzer Aufsichtsbehörde, der dieser Vorfall auch zur Kenntnis gebracht wurde, die nötigen Maßnahmen ergreifen um in Zukunft die Krankenkassenmitglieder vor solchen Unhöflichkeiten ihrer hiesigen Angestellten zu sichern. Heute wurde ein schriftlicher Antrag auf einen Krankenschein gestellt, und trotzdem alle Namen sehr deutlich geschrieben waren, hat das tüchtige Fräulein dennoch anstatt den Vornamen Egon, den Namen Eugen geschrieben, was wieder den Beweis liefert, daß das Fräulein überall mit ihren Gedanken ist, nur nicht bei der Sache.

=i= **Vergütung an Geistliche,** die Religionsunterricht erteilen. Laut Verfügung der Wojewodschaft, erhalten von jetzt ab alle Geistlichen, die den Religionsunterricht an Volksschulen als nichtetatsmäßige Lehrer erteilen, eine Vergütung von 2.50 pro Stunde. Versäumte Unterrichtsstunden kommen nicht in Anrechnung.

Die Aufgabe von Inseraten und allen anderen für die Zeitung erforderlichen Notizen erbitten wir für die Donnerstagzeitung bereits heute und spätestens Mittwoch, bis 9 Uhr früh, denn infolge des Feiertages erscheint unsere Donnerstag-Nummer bereits Mittwoch — also morgen. — Die nächste Nummer erscheint dann erst am Sonnabend.

i. **Wohltätigkeitsfest der Evangelischen Frauenhilfe.** Am nächsten Donnerstag veranstaltet der Evangelische Frauenverein ein Wohltätigkeitsfest im renovierten Evangelischen Vereinshause. Der Beginn des Festes ist auf 4 Uhr nachmittags festgesetzt worden, und wir hoffen bestimmt, daß sich recht viele Wohltäter des Unternehmens hierzu einfinden werden.

=i= **St. Vinzenzverein Laurahütte.** Die Wohltätigkeitsaufführung am 7. und 8. d. Mts., im Generlich'schen Saale, findet nicht, wie zuerst bekannt gemacht wurde, um 7½ Uhr, sondern eine Stunde früher, also schon von 6½ Uhr, statt, worauf wir besonders hinweisen.

=i= **Betrifft Erhöhung des Posttarifs.** Bei der letzten Veröffentlichung der nunmehr eingetretenen Erhöhung des Tarifs für die Postsendungen, haben wir das Porto für eine Postkarte nach dem Auslande ausgelassen. Die Gebühr für eine Postkarte nach dem Auslande, beträgt demnach 30 Groschen.

=o= **Ein Zeichen unserer Zeit.** Wie wir gestern berichteten, wird der kleine Hüttenteich jetzt mit dem Gesteinsschutt von unter Tage zugeschüttet. In diesem Schutt befindet sich Schiefer, Schieferkohle und manches Stück gute Kohle, was im Notfall noch verbrannt werden kann. Das haben die armen Leute, Abgebaute usw. natürlich sofort herausbekommen und handeln darnach. Kaum ist ein Kippwagen entleert worden, so stürzt sich gleich ein Haufen Kinder und auch Erwachsene darauf und suchen emsig nach brennbarem Material. Es ist ja traurig, sich so etwas ansehen zu müssen. Wie müssen diese armen Leute frieren bei dieser Kälte, daß sie in diesem Gesteinsschutt wühlen, um etwas Wärme spendendes Material herauszusuchen. Wahrlich, ein Zeichen unserer Zeit!

i. **Wege zu Kunst und Schönheit.** Die Ringergrößen aller Nationen, die zur Zeit in Kattowitz ihre Triumphe feiern, werden von Laien einfach vergöttert. Viele junge Leute fragen erstaunt, wie kann ein Mensch überhaupt so stark und so flink sein. Diese neugierige Frage ist ganz einfach zu beantworten. Ein jeder junge Mann von 16—25 Jahren kann ein solch kräftiger, gewandter Mann werden, wenn er es nur will und mit Lust und Liebe an die Sache herangeht. Gleich nach der Entlassung aus der Schule tritt er einem Verein bei, in dem tüchtig Athletik betrieben wird, dann muß er sich den erforderlichen Lebensgesetzen streng fügen, und sich verpflichten, die ihm in erzieherischer Hinsicht auferlegten Pflichten treu zu erfüllen. Ein solcher Ringkämpfer-Verein besteht auch bei uns in Siemianowice, wo jeden Mittwoch und Sonnabend von 7—9 Uhr abends tüchtig alles geübt wird, um später tüchtiger Athlet zu werden. Die Uebungsstunden sind im Saale der „Zwei Linden" und dort können sich auch alle Boxsportfreunde, sowie alle jungen Männer stellen.

i. **Große Kindervorstellung.** Die Kammerlichtspiele haben die Gelegenheit, zumal gegenwärtig ein wirklich echter, dicker, feiner, schwarzer, japanischer Bär die Lichtspielbühne beherrscht, dazu benutzt, um auch unseren lieben Kindern diesen wahrhaftigen Bären mit seinen vielen Kunststücken vorzuführen und dazu eine Kindervorstellung eingelegt, die am Mittwoch um 2½ Uhr beginnt. Um den Kindern zu zeigen, wie der Bär trotz seiner Plumpheit doch sehr gewandt ist und allerlei Kunststücke flott und sicher vollführt, wie er im Ringkampf mit starken Menschen nicht von der Stelle zu bewegen ist, so ist es nur zu empfehlen, wenn die Eltern ihre Kinder zu dieser Vorstellung schicken, am besten aber persönlich begleiten, zumal die Eintrittspreise für Kinder unter 15 Jahren nur die Hälfte der sonst sowieso niedrigen Eintrittspreise betragen. Näheres im heutigen Inserat.

Gottesdienstordnung:

St. Kreuzkirche — Siemianowitz.

Mittwoch, den 7. Dezember 1927.

1. hl. Messe auf die Intention Elisabeth Gawel.
2. hl. Messe zu den hl. Schutzengeln für die armen Seelen im Fegfeuer.
3. hl. Messe für verst. Martha, Mathilde und J. Laqua.

Kath. Pfarrkirche St. Antonius, Laurahütte.

Mittwoch, den 7. Dezember 1927.

6 Uhr: in bestimmter Intention.
8 Uhr: Begräbnis des verst. Paul Strzelczyk.

Die Steuerwünsche der schlesischen Gemeinden

Die Einkommensteuer samt Kommunalzuschlag und die Gewerbesteuer ziehen die staatlichen Steuerämter ein. Früher war es anders gewesen. Beide Steuerarten hat die Gemeinde bemessen und eingezogen. Das, was nach den gesetzlichen Bestimmungen für die Gemeinde bestimmt war, verblieb in der Gemeindekasse und die Staatssteuer wurde an die Finanzbehörde abgeführt. Dem Steuerzahler ist es schließlich einerlei, an welche Kasse er die Steuer abführen muß, ob an die Gemeindekasse oder an die staatliche Steuerkasse. Er verlangt nur, daß das Steuergesetz so angewendet wird, wie es der Gesetzgeber meinte und daß kein Mißbrauch getrieben wird. Da müssen wir schon betonen, daß seit der Zeit, wo die staatlichen Steuerämter die Steuer bemessen, die Härten sich immer mehr häufen. Das ist darauf zurückzuführen, daß die staatlichen Steuerämter die Steuerzahler nicht kennen und mit ihnen sonst in keiner Verbindung stehen, außer vielleicht dieser Steuerbemessung. Anders die Gemeinde, die mit ihren Bürgern in engster Fühlung steht. Der Gemeindevorstand kennt die Bürger jedenfalls besser als das staatliche Steueramt und ist auch besser über ihre materielle Lage informiert. Gewiß sind auch hier Mißgriffe bei der Steuerbemessung nicht ausgeschlossen, insbesondere, wenn das Persönliche nicht ausgeschaltet wird. Immerhin ist es dem Steuerzahler leichter, sich mit der Gemeinde auseinanderzusetzen, als mit dem Finanzamte. Wenn also die Gemeinden verlangen, daß ihnen von neuem das Recht der Steuervorschreibung eingeräumt werden soll, so liegt das schon im Interesse der Steuerzahler, die in dieser Hinsicht die Wünsche der Gemeinden unterstützen.

Abgesehen von den vielen Mißgriffen sprechen aber noch andere Gründe für die Wiedereinführung der alten Steuerpraxis. Die Finanzämter sind bekanntlich nicht in allen Gemeinden untergebracht und führen eine Kasse für den ganzen Kreis. Die Steuerzahler, die die Steuerkasse des Finanzamtes erreichen wollen und auswärts wohnen, versäumen Zeit und Geld, bis sie die Kasse erreichen. Dem soll vorgebeugt und dem Steuerzahler das Zahlen tunlichst erleichtert werden. Steuerzahlen ist keine angenehme Sache, sie ist umso unangenehmer, wenn man noch Zeit und Geld dabei opfern muß. Wer es nicht glaubt, der möge sich in eine Steuerkasse am Fälligkeitstermine begeben und sich den Andrang ansehen. Die Steuerzahler kommen aus vielen Gemeinden zusammen und drängen sich dann in den kleinen Räumen. Wäre in jeder Gemeinde eine Steuerkasse vorhanden, so fallen Zeitversäumnisse und Geldauslagen von allein weg. Also auch aus diesem Grunde ist das Verlangen der Gemeinden zu unterstützen.

Die Gemeinden führen noch weitere Gründe für die Einführung des alten Zustandes an, die ebenfalls als stichhaltig anzusehen sind. Die Finanzwirtschaft in der Gemeinde muß einwandfrei sein. Die Gemeinde muß einen Haushaltsplan ausarbeiten und den Gemeindevertretern vorlegen können. Bei dem heutigen Steuersystem sind diese Arbeiten gewaltig erschwert. Die Gemeinde weiß bis zuletzt nicht, was ihr vom Finanzamte als Gemeindesteuer zugewiesen wird. Sie hat keinen Ueberblick, nicht nur über die Steuerbemessung, sondern auch über den Steuereinlauf. Sie tappt also im Dunklen und das spricht schon für eine Reform, vielmehr für die Wiedereinführung der alten Praxis.

Unsere Gemeinden haben aber noch andere Steuersorgen, denen wir aber nicht ganz unsere Zustimmung erteilen können. Es verlautet, daß der Kommunalzuschlag zu der Einkommensteuer entfällt und die Gemeinden auf diese Steuer werden ganz verzichten müssen. Dabei hat diese Steuer der 30 größten schlesischen Gemeinden 12 Millionen Zloty im Jahre 1924 und 14 Millionen Zloty im Jahre 1925 eingebracht. Das will allerdings was bedeuten, doch hat die Sache noch eine zweite Seite. Von ganz Polen wird der Kommunalzuschlag nur in Poln.-Oberschl. gezahlt. Da ist es auch klar, daß der schlesische Steuerzahler sich zur Wehr setzt und will auch nicht mehr mit Steuern belastet sein als der Steuerzahler im übrigen Polen. Außer dem Kommunalzuschlag zur Einkommensteuer hat der oberschlesische Steuerzahler noch den schlesischen Wirtschaftsfonds, der bereits viel böses Blut gemacht hat. Wir sind fest überzeugt, daß die schlesischen Steuerzahler die Abschaffung der Kommunalzuschläge lebhaft begrüßen werden. Hier laufen also die Wünsche der schlesischen Gemeinden, die die Beibehaltung der Kommunalzuschläge fordern, nicht mehr mit den Wünschen der Steuerzahler parallel. Oberschlesien ist mit Steuern überlastet und verlangt gebieterisch Erleichterungen. Uns wäre es lieber, wenn der Anfang bei der indirekten Steuer gemacht würde, begrüßen aber jede Steuererleichterung, die sich überhaupt bietet. Für die Abschaffung der Kommunalzuschläge wird den Gemeinden die Realsteuer angeboten. Diese Steuer soll aber sehr wenig einbringen.

Wenn wir also die erste Forderung der Gemeinden hinsichtlich der Steuerbemessung unterstützen wollen, so müssen wir die zweite Forderung hinsichtlich der Beibehaltung der Kommunalzuschläge zur Einkommensteuer ablehnen. Wir glauben gerne, daß die Gemeindezuschläge die einfachste und sicherste Einnahmequelle bilden, aber zuviel ist ungesund, was auch die Gemeinden einsehen sollten.

Aus der Wojewodschaft Schlesien

Polnische Postsparkasse (P. K. O.)

Am 30. November d. J. fand eine Versammlung der polnischen Postsparkasse unter dem Vorsitz des Präses Dr. Schmiedt statt. Es wurde beschlossen, den Zinsfuß für das kommende Jahr vom 1. Januar ab auf 6 Prozent jährlich pro 100 festzusetzen. Für Unternehmer, die mit Goldwerten arbeiten, ebenso für Personen, die außerhalb der Staatsgrenzen wohnen, auf 5 Prozent. Ferner wurde beschlossen, die maximale Auszahlungsquote für die jährlichen Einzahlungen auf Sparkassenbücher gleichfalls vom 1. Januar vom 50 Zloty auf 100 Zloty zu erhöhen. Bei Lombardkrediten wird der Zinsfuß ebenso wie bei Staatspapieren und Aktien der Bank Polski auf 9½ Prozent ermäßigt. Für Sicherheitspapiere auf 10 Prozent und für Dividendenpapiere auf 10½ Prozent. Die neue Einzahlungstaxe wird für die Quote von 1000—5000 Zloty, auf 1 Zloty festgesetzt. Für jedes weitere angefangene Tausend 25 Groschen.

Handelspatent 2. oder 3. Kategorie?

Die Lodzer Finanzkammer hat einem Kaufmann eine schwere Strafe zudiktiert, weil er sein Handelspatent nicht aus der entsprechenden Kategorie gelöst hat. In diesem Kolonialwarengeschäft sind außer dem Inhaber seine Frau und seine beiden Söhne tätig, weshalb das Geschäft bereits nach dem betreffenden Gesetz (Art. 23 des Gewerbesteuergesetzes) nicht mehr zur Kategorie 3, sondern bereits zur zweiten Kategorie gehört. Der betreffende Kaufmann legte gegen diese ihm auferlegte Strafe Berufung ein und die Klage kam bis zum Allerhöchsten Wirtschaftstribunal in Warschau, das durch sein Urteil. L. r. 1. 102/24 dahin entschied, daß nach dem Tarif die Geschäfte der 3. Kategorie außer dem Inhaber höchstens eine erwachsene Person beschäftigen dürfen. Insofern also in dem betreffenden Geschäft drei Personen außer dem Inhaber beschäftigt waren, fällt das Geschäft nicht mehr zur 3., sondern zur 2. Kategorie der Handelsunternehmen. Die Auferlegung der Strafe sei demnach von den Steuerbehörden rechtmäßig vorgenommen worden, weil der Geschäftsinhaber dadurch, daß vier Personen im Geschäft tätig waren, ein Patent der 2. und nicht mehr der 3. Kategorie auszulösen hatte.

Brieftaubenzucht verboten

Es kehren fortgesetzt beim Schöffengericht Anklagen wegen verbotener Brieftaubenzucht wieder. Deshalb sei nochmals hingewiesen, daß nach geltendem Brieftaubengesetz nur diejenigen zur Brieftaubenzucht berechtigt sind, die eine amtliche (von der Starostei ausgestellte) Erlaubnis haben und dem Verbande der Brieftaubenzüchter angehören. Jede andere private Brieftaubenzucht ist verboten. Angesichts der scheinbar ziemlich ausgedehnten unrechtmäßigen Brieftaubenzucht lassen von Zeit zu Zeit einzelne Starosten sogar regelrechte Razzien, sozusagen, nach solchen Brieftaubenzüchtern anstellen, die aber nur schwer verfangen, wie die vor Gericht ausgetragenen Strafanklagen beweisen.

Sogar ganz unmündige Kinder betreiben mit Liebhaberei diese Taubenzucht. Aber die Unmündigkeit schützt sie vor Strafe nicht. Das Gericht läßt noch gegenüber solchen unmündigen Uebertretern des Brieftaubengesetzes Milde walten, wenn sie erstmals angeklagt werden, und erteilt ihnen zur Warnung nur einen Verweis, aber bei Wiederholung droht ihnen empfindliche Strafe.

Eröffnungsfeierlichkeiten des Kattowitzer Senders

Mit 1¼ stündiger Verspätung infolge Aussetzens der Stromzufuhr wurde gestern die neue Kattowitzer Radiostation feierlich eröffnet. Zunächst erklangen als Sendezeichen des Kattowitzer Senders eine Anzahl Hammerschläge. Alsdann betonte der Generaldirektor des Polnischen Radio, Chamico, daß der neue Sender kulturellen Zwecken, nicht politischer Agitation dienen werde. Gleichzeitig stattete er dem schlesischen Wojewoden Dr. Grazynski den Dank der Radiogesellschaft für die finanzielle Hilfe und Unterstützung des Werkes ab. Darauf wurde ein Hoch auf den Präsidenten der Republik ausgebracht. Nach ihm sprach der Wojewode, der als Zweck des Senders gleichfalls die Verbreitung des polnischen Wortes und Liedes feststellte. Dadurch sei eine wirkungsvolle Stärkung des polnischen Gedankens möglich, da der Empfang nicht nur im Palast des Reichen, sondern auch in der Hütte des Aermsten möglich wäre. Zugleich bedeute das Arbeiten des Senders einen Gruß an die jenseits der Grenze lebenden Landsleute.

Bischof Dr. Lisiecki erklärte in seinen Ausführungen, daß die katholische Kirche den Fortschritten der Kultur in keiner Weise

Börsenkurse vom 6. 12. 1927

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich	= 8.91¾ zł
		frei	= 8.93 zł
Berlin	100 zł	–	47.20 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	–	213.— zł
	1 Dollar	–	8.91¾ zł
	100 zł	–	47.20 Rmk.

feindlich gegenüberstehe, sondern diese billige und sogar segne, wenn sie in ihren Auswirkungen gut seien.

Zum Schluß sprach für das Militär General Zajonc, der nicht nur auf die kulturelle Bedeutung des neuen Senders, sondern auch auf die Ertüchtigung und Festigung des nationalen Gedankens hinwies, die dadurch möglich geworden sei. Man müsse schon im Frieden Vorbereitungen dieser Art für irgendwelche Komplikationen treffen.

Am Schluß der Feierlichkeiten sang der Männerchor „Echo" das Gaude mater Polonia.

Die Uebertragungen hatten bereits am Vormittag mit der Uebertragung des Gottesdienstes aus der Kattowitzer Kathedrale begonnen.

Anschwellen der Erwerbslosenzahl von Woche zu Woche

Nach der neuesten Statistik des Wojewodschaftsamtes hat sich die Erwerbslosenziffer innerhalb der Wojewodschaft in der Berichtswoche vom 23. bis einschließlich 30. November um rund 1300 Beschäftigungslose erhöht, welche als Zugänge neu registriert worden sind. Am Wochenende betrug die Gesamt-Erwerbslosenziffer 40 903 beschäftigungslose Personen, welche sich wie folgt zusammensetzen: Grubenarbeiter 15 276, Eisenhüttenarbeiter 2744, Metallarbeiter 2085, Entlassene aus der Tuchbranche 242, aus der Papier-, Holz- und chemischen Branche 476, Glasindustrie 8, Keramik 147, ferner Bauarbeiter 1573, qualifizierte Arbeiter 1304, unqualifizierte Arbeiter 14 124, geistige Arbeiter 2638, landwirtschaftliche Arbeiter 280. An insgesamt 22 011 Arbeitslose wurde eine Unterstützung ausgezahlt.

Ein neuer Demobilmachungskommissar

Der Demobilmachungskommissar Maske ist seines Amtes enthoben und zu seinem Nachfolger der Arbeitsinspektor Gallot aus Sosnowitz ernannt worden. Die Amtsenthebung M. steht im Zusammenhang mit der Wiedereinführung des Achtstundentages in der Eisen- und Metallindustrie. Die Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften sollen in den nächsten Tagen aufgenommen werden. Der bisherige Demobilmachungskommissar versuchte seinen Verpflichtungen auf arbeitsrechtlichem Gebiet in jeder Weise nachzukommen.

Kattowitz und Umgebung.

Drittes Abonnementskonzert. Die Deutsche Theatergemeinde schreibt: Infolge Erkrankung von Professor Rose, dessen Quartett am Freitag, den 9. Dezember im Stadttheater konzertieren sollte, mußten wir eine andere Quartettvereinigung verpflichten. Es wird alle oberschlesischen Musikfreunde besonders erfreuen, daß an Stelle des Rose-Quartetts die erste führende deutsche Kammermusikvereinigung und zwar das Havemann-Quartett das Konzert absolvieren wird. Professor Havemann ist bekanntlich im Musikleben Berlins die führende violinistische Persönlichkeit und zwar als Nachfolger Joachims und Inhaber der ersten Professur für Violinspiel an der Berliner staatlichen Hochschule. Dem oberschlesischen Publikum ist Professor Havemann aus seinen Solistenkonzerten im Jahre 1923/24 in bester Erinnerung. Sein Streichquartett steht neben dem Buschquartett an erster Stelle und gilt als unübertroffen auf dem Gebiete der modernen Kammermusik. Das Programm des Abends bringt 3 Meisterwerke der Kammermusikliteratur und zwar Beethoven, op. 59, Nr. 1, das erste der drei dem Grafen Razumovsky gewidmeten Quartette, Schuberts großes Quartett in G-Dur und das entzückende moderne Werk des Franzosen Debussy, Streichquartett G-moll. Das oberschlesische Konzertpublikum darf diesem Abend mit sehr großer Erwartung gegenübertreten, der das Erscheinen des Havemann-Quartetts in Kattowitz, das seit Jahren schon erwartet wird, ist mehr als eine bloße Entschädigung für das Rosequartett. Karten im Vorverkauf an der Theaterkasse Rathausstraße. Die für des Rose Quartett gelösten Karten behalten ihre Gültigkeit.

Der Raubüberfall ins „Kino Colosseum" vor Gericht

Lodzer Banditen auf der Anklagebank — Mit Revolver und Maske — Banditenfrechheit — Insgesamt 11 Jahre Zuchthaus — Späte Sühne

Ein verwegener Raubüberfall wurde vor vier Jahren und zwar in der Nacht vom 11. zum 12. November 1923 in das Geschäftslokal der Inhaberin des Kinos „Colosseum", Frau Elisabeth Rudolf, durch drei bewaffnete Banditen verübt. Die Täter, welche mit den örtlichen Verhältnissen äußerst gu vertraut gewesen sein müssen, wohnten der letzten Filmvorstellung bei und suchten, während die Besucher das Kino verließen, ein sicheres Versteck auf. Gegen 12 Uhr nachts pochten die Banditen an die Tür des Geschäftszimmers und verlangten Einlaß, indem sie sich als Polizeibeamten ausgaben. Als die Inhaberin, welche den späten Besuchern nicht traute, vorsichtig öffnete, schoben die Eindringlinge rasch Brecheisen zwischen Tür und Pfosten und drangen auf die überraschte Frauensperson mit Revolvern ein. Der Bandit Eduard Wynorowicz versetzte der Ueberfallenen einen heftigen Schlag mit dem Kolben der Schußwaffe auf den Kopf, um Frau Rudolf, welche daraufhin bewußtlos zusammenbrach vorher jedoch laut nach Hilfe rufend, an das Telephon geeilt war, an ihrem weiteren Vorhaben zu hindern. Die Räuber durchsuchten alle Schubfächer, erbrachen die Kassette und raubten außer Schmuckstücken, darunter goldene Ohrringe, eine kostbare Halskette, 1 Armband, mehrere goldene Ringe, ein Brillantring im Werte von mehreren Tausend Zloty, überdies 150 Dollar, 400 Millionen polnische Papiermark und kleinere Geldsummen. Einer der Banditen zog der Ueberfallenen außerdem einen goldenen Ring vom Finger.

Inzwischen erwachte Frau Rudolf aus ihrer Bewußtlosigkeit und rief erneut um Hilfe. Sie erhielt einen zweiten Schlag von dem Banditen Nikolaus Skowronski mit dem Revolver, wurde schließlich an Händen und Füßen gefesselt und mit Fußtritten in eine Fensterecke geschleudert. Nachdem der Inhaberin noch ein Knebel in den Mund gesteckt wurde, veranstalteten die raffinierten Verbrecher ein „Gelage", indem sie Bier und Zigaretten aus einem Schrank hervorholten und sich noch längere Zeit unter fortgesetzten Anpöbelungen der wehrlosen Frau in dem Geschäftszimmer aufhielten.

Die Täter verstauten das geraubte Geld und die Wertsachen und entkamen ungehindert, nachdem sie die verschlossenen Haustüren mittels Nachschlüssel öffneten. Die Ueberfallene wurde später von dem Hausmeister, welchem die drei fremden Männer, die das Haus zur späten Nachtzeit verließen, aufgefallen waren, aus ihrer furchtbaren Lage befreit.

Vor dem Landgericht in Kattowitz wurde am gestrigen Montag bis in die späten Abendstunden in dieser Strafsache verhandelt. Mehrere Verhandlungen mußten in der Zwischenzeit vertagt werden. Angeklagt war außer den Banditen Skowronski und Eduard Wynorowicz der Lodzer Juwelier Ernst H. wegen Hehlerei. Der dritte Bandit, welcher bei dem Ueberfall maskiert gewesen war, ist flüchtig. Dessen Personalien konnten bis heut nicht ermittelt werden. Die Polizei verfolgte seinerzeit die Spur der Täter, welche bis nach Lodz führte, woselbst die Verhaftung der beiden erstgenannten Banditen erfolgen konnte. Dem Juwelier H. wurde ein Teil der Schmuckgegenstände unter Vorlegung falscher Papiere angeboten und der Kauf getätigt. Die Banditen, welche sich als Eigentümer der Wertsachen ausgaben, frappierten den Juwelier durch ihr sicheres Auftreten, die elegante Kleidung sowie die unechten Dokumente.

Die Angeklagten Skowronski und Wynorowicz bestritten hartnäckig ihre Teilnahme an dem Raubüberfall. Erkannt wurde von der Zeugin Rudolf schon bei der früheren Gegenüberstellung der Bandit Wynorowicz als einer der Täter, welcher sie geschlagen hatte und mit der Schußwaffe bedrohte. Die beiden Verbrecher wurden überdies auch von dem mitangeklagten Juwelier als Verkäufer der konfiszierten Schmuckstücke bezeichnet. — Bei dem Kreuzverhör verwickelten sich die beiden Verbrecher in Widersprüche, da sie im Einzelverhör vernommen wurden. In die Enge getrieben, gaben sie schließlich ihre Schuld zu. Der Staatsanwalt beantragte für beide Banditen je 10 Jahre Zuchthaus, dagegen Freisprechung des Juweliers H., da eine Irreführung durch die beiden Verbrecher erfolgt war. Das Urteil lautete für Nikolaus Skowronski auf 6 Jahre Zuchthaus bei Absprechung der bürgerlichen Ehrenrechte für die Zeitdauer von 5 Jahren, für Eduard Wynorowicz auf 5 Jahre Zuchthaus und drei Jahre Ehrverlust. Juwelier H. wurde freigesprochen.

Königshütte und Umgebung.

Opfer des Berufes. Die Zahl der Unglücksfälle nimmt in der Friedenshütte ständig zu. An die vorhergehenden Unglücksfälle reihen sich wieder zwei weitere an. So wurde die Arbeiterin Josefa Kucia von einer Schmalspurbahn überfahren, wodurch sie eines Beines verlustig ging. Ein zweiter tödlicher Unglücksfall passierte auf der Blechstrecke. Beim Auswalzen eines Bleches wurde dasselbe zur Seite geschleudert, wobei der Walzer Rudolf Schubert einen derart schweren Schlag gegen das Genick erhielt, daß ihm fast der Kopf vom Rumpf getrennt wurde. Sch. wurde auf der Stelle getötet. Der Verunglückte war 52 Jahre alt und hinterläßt eine Frau und vier nichterwachsene Kinder.

Bielitz und Umgebung.

60 jähriges Bestandesjubiläum des evangelischen Lehrerseminars in Bielitz. Das evangelische Lehrerseminar in Bielitz, heute die einzige private Ausbildungsstätte für deutsche Lehrer in Polen, feiert am Donnerstag, den 8. Dezember um 5 Uhr nachmittags, mit einem großen Kirchenkonzert in der evangelischen Kirche in Bielitz das 60 jährige Bestandesjubiläum. Die musikalische Leitung liegt in den Händen des Musiklehrers der Anstalt, Prof. Rudolf Max. Zum Vortrage gelangen folgende Tonwerke: 1. Oskar Köhler, Op. 204 Festkantate „Ich danke dem Herrn von ganzen Herzen". Der gemischte Chor des Seminars. 2. Fr. Couperin: Soeur Monique, Violinchor des 4. Kurses. 3. Max Reger: Choralkantate Nr. 1, „Vom Himmel hoch, da komm' ich her". Der Mädchenchor des Seminars. 4. Fr. Sering, Op. 58, „Lobgesang", Violinchor des 5. Kurses. 5. Felix Nowowiejski, Op. 31, Orgelfantasie „Weihnacht in der uralten Martinkirche zu Krakau". Der Zögling des 4. Kurses, Julius Meißner. 6. Franz Schubert-Liszt „Die Allmacht". Der Männerchor des Seminars.

Rundfunk

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322.6

Allgemeine Tageseinteilung:

11.15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.15—12.55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12.55: Nauener Zeitzeichen. 13.30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.45: Konzert auf Schallplatten. 15.30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Mittwoch, den 7. Dezember 1927. 16.15—17.45: Operetten-Nachmittag. — 17.45: Jugendstunde. — 18.30: Uebertragung von der Deutschen Welle Berlin: Hans Bredow-Schule, Abt. Sprachkurse. — 18.55: Dritter Wetterbericht, anschließend Funkwerbung. — 19: Mitteilungen des Arbeiter-Radio-Bundes Deutschlands e. V., Bezirksgruppe Breslau. — 19.10—19.35: Abt. Sport. — 19.35 bis 20: Hans Bredow-Schule, Abt. Erdkunde. — 20.10: Klavierabend: Claudio Arrau. — 21.20: Der Dichter als Stimme der Zeit.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz.
Druck u. Verlag: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp. Katowice, Kościuszki 29.